

Es ist ein enges Rennen zu erwarten

WAHLEN Wer künftig der Stadt Winterthur vorsteht, hängt davon ab, wer die Wählenden besser mobilisieren kann. Gelingt es Michael Künzle, die SVP-Anhänger zum Urnengang zu motivieren? Und wählen die Frauen wirklich Yvonne Beutler?

Der Wahlkampf ums Stadtpräsidium vor dem 4. März war lau. Allen schien klar, dass die beiden Herausforderinnen keine echte Konkurrenz für den Bisherigen Michael Künzle (CVP) darstellen. Im zweiten Wahlgang ist jetzt alles anders, sogar die Konkurrentin. Es tritt Yvonne Beutler (SP) an, die bei den Stadtratswahlen das beste Resultat erzielt hat.

Im zweiten Wahlgang agieren nun Künzle und seine Partei deutlich aktiver. Der bisherige Stadtpräsident betont seine Erfahrung und inszeniert sich als Stapi für alle. Er zeigt, dass er breit unterstützt wird. Neben der CVP sprechen sich auch SVP, FDP, EVP, EDU und BDP für ihn aus, ebenso verschiedene Verbände. Vertreter dieser Gruppen sind an seinen Standaktionen präsent und erklären in Inseraten oder kurzen Videos, weshalb sie Künzle weiter als Stadtpräsident wollen. In einem Wahlwerbevideo spielt Künzle zudem Saxofon und zeigt das urbane Winterthur. Die beabsichtigte Botschaft ist klar: Das Volk ist zufrieden und will das Bewährte beibehalten.

Virale SMS unterwegs

Beutler tritt im Vergleich dazu sachlicher auf. Zwar zeigt auch sie sich an Standaktionen mit ihren Unterstützern, etwa den Grünen. Die Logos anderer Parteien findet man auf ihren Wahlplakaten jedoch nicht, ebenso wenig wie Wahlvideos in den sozialen Medien. Punkten kann sie mit gut vorbereiteten Auftritten bei den wenigen Podien und Streitgesprächen. Sie kann angreifen, während Künzle sich verteidigen muss. Beutler setzt zudem darauf, dass sie die erste Frau an der Spit-

ze der Stadt werden könnte. Sie hat ein Frauenkomitee gebildet und verschiedene Frauen sagen in grossen Zeitungsinserten: «Wir wählen Yvonne Beutler als unsere erste Stadtpräsidentin.» Auf Facebook meint sie dazu fast entschuldigend: «Natürlich sind auch Männer im Komitee willkommen.» Beutler und ihre Unterstützer setzen auch auf Kanäle, die nach aussen weniger sichtbar sind. So ist derzeit ein virales SMS unterwegs: «Mach Yvonne zur ersten Stadtpräsidentin. Und schick mich weiter. Pro urban!» Darüber hinaus versucht die SP, wie im ersten Wahlgang parteinahe Personen mit Anrufen zum Wählen zu motivieren.

Wahlbeteiligung beachtlich

Schon jetzt ist klar, dass bei der Frage, wer die Stadt regieren soll, mehr Leute mitreden wollen als bei anderen zweiten Wahlgängen. Bis jetzt haben rund 20000 Personen brieflich abgestimmt, was laut Thomas Bolleter von der Stadtkanzlei bereits einer Wahlbeteiligung von rund 29 Prozent entspricht. Es zeige sich, dass viele ihre Unterlagen schon früh eingereicht hätten. Wenn man davon ausgehe, dass sich die Wahlbeteiligung ähnlich entwickle wie bei der Ersatzwahl 2017, als Jürg Altwegg (Grüne) das Rennen machte, rechnet Bolleter mit einer Beteiligung von gegen 40 Prozent, was für eine Ersatzwahl viel ist.

Zu erwarten ist ein knappes Rennen. Betrachtet man die Wähleranteile der Parteien im Parlament, die entweder Beutler oder Künzle unterstützen, zeigt sich praktisch ein Patt. Dies auch, weil die GLP gespalten ist. Von den noch amtierenden Gemein-



Plakate erinnern daran, dass der Wahlkampf noch nicht ganz zu Ende ist. Am 15. April gilt es noch das Stadtpräsidium zu bestimmen.

Foto: Enzo Lopardo

deräten setzt sich Rahel Comfort offiziell für Künzle ein, Katrin Commetta, Urs Glättli und Martin Zehnder sind im Komitee von Yvonne Beutler.

Eine Prognose zu treffen, ist schwierig. Michael Künzle kann auf eine breitere Rückendeckung von Vereinen und Verbänden zählen. Zudem hat er den Bonus des Bisherigen. Auch Personen, die politisch nicht ganz auf seiner Linie liegen, dürften ihn wählen, weil sie keine Veranlassung sehen, dem bisherigen Stapi das Vertrauen zu entziehen. Künzle hat keine makellose Bilanz, aber auch keinen Skandal zu verzeichnen. Zudem verübeln es manche

Wähler Yvonne Beutler immer noch, dass sie erst im zweiten Wahlgang antrat, als sie eine realistische Chance sah.

Yvonne Beutler kann dafür auf eine deutlich grössere Partei im Rücken zählen. Die SP-Wählerschaft möchte das gute Resultat der Wahlen krönen und wird wohl fleissig an die Urne gehen, um Beutler zu wählen. Künzles Hauspartei, die CVP, ist schwächer. Parteien wie SVP, FDP und EVP unterstützen ihn zwar, aber ob auch deren Wählerschaft zu mobilisieren sein wird, ist fraglich. Dies gilt vor allem für die SVP-Anhänger. Sie hatten nach den Wahlen den Eindruck, die an-

deren bürgerlichen Parteien hätten sie im Stich gelassen, und dürften entsprechend wenig motiviert sein, überhaupt zu wählen.

Beutler hat weiter den Vorteil, dass sie der Stadtratsmehrheit angehört. Es wirkt glaubwürdiger, wenn eine Präsidentin die Entscheide der Exekutive vertritt, die auch dahinterstehen kann.

Ein Blick nach Zürich

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Blick in die Vergangenheit. 1990 wurde der Zürcher FDP-Stadtpräsident Thomas Wagner bei den Wahlen zwar als Stadtrat, im ersten Wahlgang aber nicht als Präsident bestätigt.

Er beschloss darauf, gar nicht mehr anzutreten, nicht zuletzt, weil die linken Parteien die Mehrheit errungen hatten. Dies wurde von allen bürgerlichen Parteien begrüsst. Der damalige SVP-Fraktionschef Gody Müller fand: «Wir sind erleichtert, dass Wagner mit seinem Verzicht nicht die Verantwortung übernehmen muss, die rot-grüne Mehrheit zu präsidieren.» Im zweiten Wahlgang wurde Wagner nicht gewählt. Es wurde allerdings äusserst knapp, obwohl er nicht offiziell antrat. Nur 3300 Stimmen machten den Unterschied aus gegenüber SP-Herausforderer Josef Estermann. *Mirjam Fonti*

ABWEICHUNGEN DER KANDIDIERENDEN...

... bei diesen Themen	Michael Künzle CVP	Yvonne Beutler SP
Integrative Schule (Kinder mit Lernschwierigkeiten oder Behinderungen grundsätzlich in Regelklassen)	Ja	Eher nein
Stärkere Vermittlung digitaler Kompetenzen und erster Programmierkenntnisse bereits in der Primarschule	Nein	Ja
Finanzierung einer Schulweghilfe, die den jüngsten Schulkindern beim Überqueren grosser Strassen hilft	Nein	Eher ja
Bezahlter Vaterschaftsurlaub von vier Wochen	Eher nein	Ja
Kinderadoption durch gleichgeschlechtliche Paare	Nein	Ja
Geschlechterquote für Kaderstellen in der städtischen Verwaltung	Nein	Eher ja
Legalisierung des Konsums von Cannabis sowie von dessen Besitz für den Eigengebrauch	Nein	Ja
Stärkere öffentliche Präsenz der Polizei	Eher ja	Nein
Ausbau der Videoüberwachung (z. B. an Bahnhöfen, Schulen, in Unterführungen)	Ja	Eher nein
Ausbau des Parkplatzangebots für das Gewerbe	Ja	Nein
Sperrung der Stadthausstrasse für den Autoverkehr	Nein	Ja
Verzicht auf die Erbringung städtischer Dienstleistungen, falls dadurch private Angebote konkurrenzfähig werden	Eher nein	Eher ja
Einführung eines allgemeinen Mindestlohnes von 4000 Franken	Nein	Eher ja
Senkung der Zollfreigrenze für Einkäufe im Ausland	Eher ja	Nein
Vermehrter Kauf von Bauland durch die Stadt	Eher nein	Ja
Konzentration der Wohnbaupolitik auf Wohnraum für untere und mittlere Einkommen	Nein	Ja
Verselbstständigung Kantonsspital Winterthur (KSW) und Psychiatrie Winterthur-Zürcher Unterland (IPW)	Ja	Nein
Verpflichtung von Stadtwerk, ausschliesslich erneuerbare Energien anzubieten (z. B. Wasserkraft, Wind)	Ja	Eher nein
Mehr finanzielle Mittel für die Präventionsarbeit gegen die Ausbreitung des radikalen Islams	Nein	Eher ja
Offenlegung der Finanzierung von Parteien sowie von Wahl- und Abstimmungskampagnen	Nein	Ja

Quelle: Smartvote

Beide sagen Nein zu zweitem Hallenbad

POSITIONEN Michael Künzle (CVP) will das Parkplatzangebot für das Gewerbe ausbauen, Yvonne Beutler (SP) nicht. Auch in anderen Fragen sind die Kandidierenden nicht gleicher Ansicht.

Die Bevölkerung hat bei der Stadtpräsidiumswahl am 15. April nicht nur die Wahl zwischen einem Mann und einer Frau, sondern auch zwischen Politikern mit unterschiedlichen Ansichten. Die Auswertung der Antworten für den Smartspider zeigt, dass die beiden bei knapp der Hälfte aller Fragen nicht übereinstimmen.

Während Michael Künzle beispielsweise die integrative Schule befürwortet, die Kinder mit Lernschwierigkeiten oder Behinderungen grundsätzlich in den Regelklassen sieht, ist Yvonne Beutler eher skeptisch. Sie begründet ihr «eher nein» so: Der Ansatz sei zu befürworten. Allerdings habe sich in der Praxis gezeigt, dass bereits ein einziges verhaltensauffälliges Kind den Unterricht stark stören könne. In diesen Fällen sei auf die integrative Förderung zu verzichten.

Welche Wohnpolitik?

Eine unterschiedliche Haltung haben die beiden bei der Wohnbaupolitik. Während Yvonne Beutler sich darauf konzentrieren möchte, Wohnraum für untere und mittlere Einkommen zu

fördern, lehnt Künzle dieses Vorgehen ab. Der Stadtrat hatte festgelegt, dass er vermehrt auch Wohnraum für höhere Einkommenschichten fördern möchte.

Eher überraschend ist, dass Michael Künzle sich dafür ausspricht, Stadtwerk zu verpflichten, nur noch erneuerbare Energien anzubieten, während Yvonne Beutler dies eher verneint. Sie verfügt ohnehin nicht über ein klassisches SP-Profil. Vergleicht man ihren Smartspider mit dem der neu gewählten SP-Stadträtin Christa Meier, zeigen sich deutlich stärkere Ausprägungen in den Bereichen restriktive Finanzpolitik und liberale Wirtschaftspolitik, während sie bei Umweltschutz und Sozialstaat deutlich zurückhaltender ist als Meier. Michael Künzle ist innerhalb seiner Partei, der CVP, eher konservativ positioniert.

Weil Beutler dem rechten Flügel der SP angehört, liegen die Kandidierenden letztlich nicht so weit auseinander, wie man erwarten könnte. Es gibt auch Übereinstimmung. So finden beide, die Stadt brauche eine verbindliche Schuldenbremse. Auch die Förderung des Langsamverkehrs befürworten sie übereinstimmend. Ein von der Stadt mitfinanziertes zweites Hallenbad wollen dagegen beide nicht, ebenso wenig, dass sich Winterthur stärker für die Integration der Ausländer einsetzt.

Wahlbeobachter



Neues von Schoch, Beutler & Co.

Das soll noch einer verstehen: Da hat der Unternehmer Jan Schoch nach dem Wahlsieg der links-grünen Parteien doch ziemlich enttäuscht gepoltert und gepostet. Er ziehe sein Geschäft aus Winterthur ab, weil ja doch nur Steuererhöhungen zu erwarten seien, liess er tout Winterthur wissen. Selbst Leute aus seinem engen Umfeld konnten nicht ganz nachvollziehen, was ihn da gestochen hatte.

Nun scheint Schoch doch gewillt, der (gemässigten) SP eine Chance zu geben. Auf Facebook teilte er einen Post von Stadtrat Daniel Jositsch, der sich an vorderster Front für Yvonne Beutler als Stadtpräsidiumskandidatin engagiert. Sie sei «eine aussergewöhnlich führungsstarke Persönlichkeit» und noch einige positive Attribute mehr attestiert Jositsch seiner Parteikollegin: «Eine solche Stadtpräsidentin wünsche ich den Winterthurerinnen und Winterthureren.» Und Schoch teilt das –

samt dem Föteli vom Beutler-Wahlwerbbestand im Regen.

Yvonne Beutler selber steht derzeit noch anderswo im Regen, im Gegenwind der Facebook-Gemeinschaft. SVP-Gemeinderat Daniel Oswald hatte gepostet, Beutler habe nicht nur die Internet-Adresse www.die-stadtraetin.ch für sich reserviert, sondern auch noch ähnliche Domains wie Die-bundesraetin.ch. Und das sei doch schon reichlich karrieresüchtig, fand Oswald. Worauf Beutler gleich die ganze Liste der von ihr reservierten Domains offenlegte, wozu (als Zwischenschritte?) auch www.die-regierungsratin.ch, Die-nationalraetin.ch oder Die-staenderaetin.ch gehören. Das sei eine alte Geschichte, die Oswald da ausgegraben habe, schrieb sie, und: Sie wolle sich die Idee ihres Wahlwerbemagazins, das sie aktuell unter Die-stadtraetin.ch publiziert hat, einfach nicht klauen lassen. Das sei «in der Kommunikationsbranche ein übliches Vorgehen». *mgm*